

Berlin, 06. März 2024

Haushaltsprioritäten für 2025 - Handlungsempfehlungen zur Finanzierung für Entwicklung, Klima und humanitäre Hilfe

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Flasbarth,

nach den drastischen Kürzungen von insgesamt fast 2 Milliarden Euro in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Internationaler Klimaschutz im Haushalt 2024 sind wir, sieben Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, sehr besorgt. Denn die Kürzungen bedeuten für Millionen Menschen weltweit, insbesondere in Krisenregionen, eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensgrundlage. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie Deutschland künftig auf die multiplen globalen Krisen unserer Zeit adäquat reagieren kann, wenn die finanzielle Grundlage für Programme fehlt. Noch beunruhigender als die bereits vorgenommenen Kürzungen ist die mittelfristige Finanzplanung: Diese sieht weitere Kürzungen in Höhe von 947 Millionen Euro allein für den BMZ-Haushalt 2025 vor und Berichten zufolge fehlen zusätzlich zweistellige Milliardenbeträge für den Gesamthaushalt.

Vor diesem Hintergrund und im Vorfeld des Staatssekretär*innen-Termin zu den Eckwerten des Haushalts 2025 am Donnerstag, den 7. März, wenden wir uns mit den folgenden zwei wichtigen Handlungsempfehlungen an Sie:

- Die Eckwerte der BMZ- und AA-Etats für 2025 sind **in Einklang mit internationalen Selbstverpflichtungen und den im Koalitionsvertrag festgehaltenen Schwerpunkten der internationalen Zusammenarbeit zu** bringen. Statt den Rotstift erneut anzusetzen, muss Deutschland jetzt mehr denn je auf Zusammenarbeit setzen und **mindestens 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in 2025** bereitstellen.
- Während die anstehende Staatssekretär*innen-Runde die ausreichende, planbare und verlässliche Finanzierung für BMZ und AA aus Haushaltssmitteln sichern soll, erfordern die haushalterische Herausforderungen die Erschließung **zusätzlicher innovativer Finanzmittel für Entwicklung und Klima** - Deutschland sollte internationale Prozesse in dieser Hinsicht mitgestalten und vorantreiben.

Entwicklungszusammenarbeit ist von entscheidender Bedeutung, um die Lebensbedingungen in den am wenigsten entwickelten Ländern zu verbessern und globale Ungleichheiten zu verringern. Zur Halbzeit der Agenda 2030 sind die

Unterzeichnerstaaten, zu denen auch Deutschland gehört, noch weit davon entfernt, diese bis 2030 zu erreichen. Noch immer leiden rund 735 Millionen Menschen an Hunger, das sind 150 Millionen mehr als vor der Corona-Pandemie. In Zeiten multipler Krisen ist die Kürzung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Klimafinanzierung eine Absage gerade an die Menschen, die am meisten unter Armut, Hunger und den Folgen der Klimakrise leiden. Die Etats des BMZ und des Auswärtigen Amtes nicht ausreichend zu finanzieren, würde nicht nur bereits teils angespannte Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens belasten, sondern auch der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung als verlässliche und stabile Partnerin schwer schaden.

Wir appellieren an Sie, internationaler Klimafinanzierung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe die angemessene Priorität in der Haushaltplanung für 2025 zuzusprechen und sicherzustellen, dass diese Bereiche ausreichend finanziert werden, um eine verlässliche Planung und Umsetzung entsprechender politischer Strategien, wie z.B. die SDGs und die Agenda 2030, zu ermöglichen. Wir würden uns sehr freuen, unsere Handlungsempfehlungen mit Ihnen und Ihrem Team zu diskutieren.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Global Citizen

Oxfam

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Sergius Seebohm, Freunde des Globalen Fonds Europa

Deutsche Welthungerhilfe e.V.

The ONE Campaign

Stiftung Gesunde Erde - Gesunde Menschen



